

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 37 (1958)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Gemeinsames Einkommen Fr. 12 000.—, zwei Kinder: Einkommenssteuer in Basel bei gemeinsamer Besteuerung Fr. 292.60; in Zürich, Bern, Aargau, St. Gallen bei getrennter Besteuerung Fr. 423.— bis Fr. 792.— also 150 bis 380 Prozent der gegenwärtigen Basler Steuer; oder gemeinsames Einkommen Fr. 9000.—, ebenfalls zwei Kinder: in Basel tatsächliche Steuer bei gemeinsamer Besteuerung Fr. 101.—; in den vier andern Kantonen wären bei getrennter Besteuerung Fr. 179.70 bis Fr. 430.20 (175 bis 425 Prozent) zu bezahlen.

Das zeigt deutlich, wo alte und junge Sozialisten sich einzusetzen haben: für einen sozialen Tarif für die unteren und mittleren Schichten der Steuerpflichtigen, viel mehr als für Milderungen für einzelne Kategorien, die sich den übrigen Steuerpflichtigen gegenüber leicht unsozial auswirken, und bei denen man vergißt, daß sie, gesamthaft betrachtet, nur eine Selbsttäuschung sind, da die für den öffentlichen Haushalt erforderlichen Mittel ja doch irgendwie aufgebracht werden müssen. Daß diese Mittel für die Bedürfnisse der sozialen Wohlfahrt, der Volksbildung usw. ausreichend sind, liegt weit mehr im Interesse der Werktätigen als diese oder jene Steuermilderung einzelner Kreise.

## CHRONIK DES MONATS

### *Innenpolitik*

Für einmal ist die Diskussion um die *Finanzordnung des Bundes* durch die Abstimmung vom 11. Mai geschlossen. Aber die Auseinandersetzungen werden sehr bald wieder aufgenommen werden. Die Befürworter der Vorlage haben ihren Erfolg zwei Umständen zu verdanken, die ihnen selber noch erheblich zu schaffen geben werden: erstens mußten sie die Gültigkeitsdauer der nun angenommenen Vorlage auf sechs Jahre beschränken, es handelt sich also wiederum um eine «Übergangsordnung»; und zweitens gewannen sie die Mehrheit nur mit dem Köder eines großen Steuerabbaues und einer Reihe von Versprechungen, die einzuhalten dem Bundesrat in den nächsten Jahren noch beträchtliche Sorgen bereiten wird. Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Konsumvereine standen in der verwerfenden Front allein gegenüber den vereinigten großen Wirtschaftsverbänden, den politischen Parteien und der gesamten bürgerlichen Presse. Ihnen angeschlossen hatten sich leider auch noch die bürgerlichen Angestellten- und Beamtenverbände. Daß trotz diesem

ungleichen Stärkeverhältnis und trotz den Steuergeschenken nach allen Seiten bei einer nur mäßigen Stimmbeteiligung von 52 Prozent die verwerfende Minderheit immerhin 348 000 Stimmen betrug und die Vorlage nur mit einem Mehr von 70 000 angenommen wurde (ohne die Ja-Stimmen der Angestellten wäre sie abgelehnt worden), ist ein Resultat, das weder den Siegern Anlaß zu Übermut noch den Unterlegenen Ursache zu Pessimismus geben kann. Nur vereinzelte bürgerliche Kommentare glaubten triumphierend feststellen zu können, daß die Behauptung, in der Schweiz könne keine Vorlage mehr gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften durchgeführt werden, widerlegt sei, und man also mit der Arbeiterschaft als politischem Faktor nicht mehr zu rechnen brauche; die meisten übrigen bürgerlichen Pressestimmen zogen nicht derart weitgehende und gewiß auch unrichtige Schlußfolgerungen. Die Opposition vom 11. Mai war doch so beträchtlich und kam so nahe an die Mehrheit heran, daß man nicht einfach über sie hinweggehen kann. Aus der Minderheit von gestern kann morgen schon eine Mehrheit entstehen, sollten die zu erwartenden nachteiligen Folgen der neuen Finanzordnung auf die Arbeiter, Angestellten und Konsumenten abgewälzt werden. Man darf wohl sagen, daß im großen und ganzen die in der SPS und im Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisierte Arbeiterschaft der Verwerfungsparole Folge geleistet hat und den irreführenden Versprechungen der Befürworter nicht erlegen ist. Das ist für die künftige Arbeit der SPS erfreulich. Die ablehnende Haltung der SPS gegenüber der Finanzvorlage vom 11. Mai war notwendig und richtig. Es konnte nicht in Frage kommen, die Verantwortung für eine konjunkturwidrige Finanzpolitik, die dem Bund nur in ungenügender Weise Mittel für die Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung stellt, zu übernehmen. Wir stehen ja in den nächsten Jahren vor großen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, die Geld kosten. Da ist die fünfte Revision der AHV mit der längst fällig gewordenen Erhöhung der Renten; da ist die Einführung der Mutterschafts- und Invalidenversicherung, die Sanierung der Krankenversicherung, die Erstellung sozialer Wohnungsbauten, die Förderung des beruflichen Nachwuchses durch ein fortschrittliches Stipendienwesen, der Ausbau des schweizerischen Straßennetzes und des Gewässerschutzes. Gelegenheit ergibt sich da genug, den Bundesrat und die bürgerlichen Parteien an ihre Versprechungen vom 11. Mai zu erinnern, daß reichlich Mittel vorhanden seien, um diese Aufgaben durchzuführen, und sie können gewiß sein, daß nichts von ihren beruhigenden Zusicherungen vergessen wird. Jedenfalls wird und muß der 11. Mai für die SPS und ihre Fraktion in den eidgenössischen Räten Ansporn sein, mit aller Entschiedenheit sich für die Verwirklichung der großen sozialen Postulate unserer Zeit einzusetzen. Wenn das reiche Bürgertum es sich leisten kann, aus nacktem Egoismus heraus in Zeiten der Hochkonjunktur aus der Bundeskasse für sich gewaltige Steuergeschenke herauszuholen, dann wäre es nicht zu verantworten, wegen fiskal-

politischer Skrupeln mit sozialen Forderungen zurückzuhalten, deren Realisierung längst notwendig geworden ist. Der Kampf um die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes hat deshalb am 11. Mai keinen Abschluß gefunden, sondern einen neuen Anfang genommen, und die 348 000 Nein bilden für die SPS eine Verpflichtung, in diesem Kampf mit aller Energie die Interessen derer zu wahren, die aus ihrer Arbeit leben müssen.

Einen in mehrfacher Hinsicht unerfreulichen Eindruck hinterließ der in der zweiten Maiwoche durchgeführte *Prozeß Ulrich* vor dem Bundesstrafgericht. Unerfreulich einmal in bezug auf die Person des nun zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilten Bupo-Inspektors. Man erinnert sich noch an die vor einem Jahr in die Öffentlichkeit gedrungene Affäre Dubois-Ulrich. Die sozialdemokratische Presse hatte damals auf Grund zuverlässiger Informationen die Meinung vertreten, daß Bundesanwalt Dubois sich zwar im Gehüsch des internationalen Nachrichtendienstes verstrickt und unvorsichtig und unkorrekt gehandelt, aber nicht unehrenhaft sich benommen habe und sein Freitod ein tragischer Kurzschluß gewesen sei. Im Gegensatz zu dieser Auffassung hat die konservative Presse und vorab ihr Bundesstadtkorrespondent Dr. Rosenberg in sehr auffälliger Weise alle Schuld dem toten Bundesanwalt in die Schuhe schieben und ihren Schützling Ulrich völlig reinwaschen wollen. Man versuchte sogar, die durch Ulrichs Leugnen entstandene längere Untersuchungsdauer zugunsten des angeschuldigten Inspektors auszuschlachten und diesen beinahe noch als Märtyrer hinzustellen. Ulrich selber ließ zu Beginn des Prozesses eine Erklärung von Stapel, in der er sich als selbstlosen, patriotischen Beamten der Bundespolizei und als Beschützer der schweizerischen Unabhängigkeit hinstellte, der das Opfer neidischer Kollegen geworden sei. Von dem allem ist am Schluß des Prozesses nichts mehr übriggeblieben. Es entpuppte sich ein eitler, anmaßender, rücksichtsloser Funktionär, der nicht davor zurückschreckte, aus politischen und persönlichen Haßgefühlen gegen seinen sozialdemokratischen Vorgesetzten vorzugehen und ihn wenn immer möglich zu Fall zu bringen. Und hier steht man vor dem zweiten unerfreulichen Eindruck dieses Prozesses: Ulrich hatte seine politischen Beschützer und Mithelfer im katholischkonservativen Lager, und deren Rückenstärkung machte ihn dreist und sicher. Bis zuletzt haben innerschweizerische Polizeikommandanten und Staatsanwälte ihm die ruhmeligsten Zeugnisse ausgestellt, und das «Vaterland» leistete ihm pressepolitische Schützenhilfe. Aber Ulrich, und das gehört zum dritten unerfreulichen Eindruck, hatte auch hohe Gönner in der schweizerischen Wirtschaft und bei obersten Bundesstellen. Im Verlaufe der Verhandlungen war von einem Ausländer namens Messen die Rede, der in mehrfacher Hinsicht eine dubiose Rolle spielte und gegen den Dubois wegen Verdachtes von wirtschaftlichem Nachrichtendienst eine Untersuchung durchzuführen hatte, bei welcher er jedoch immer wieder auf rätselhafte Widerstände stieß. Heute weiß man, daß dieser Messen nicht

nur mit Ulrich eng befreundet war, sondern daß außerdem einflußreiche Personen ihre schützende Hand über ihn hielten. Jedenfalls ist es mehr als merkwürdig, daß das Verfahren gegen Messen bis jetzt noch immer nicht zu einem Abschluß gekommen ist und offenbar hier gewisse Querverbindungen zu politischen und wirtschaftlichen Kreisen mitspielen, über die im öffentlichen Interesse und mit Rücksicht auf das Ansehen der Bundesverwaltung dringend eine Abklärung notwendig wäre.

Wir haben schon früher an dieser Stelle darüber berichtet, daß das aus sozialdemokratischen Kreisen ergriffene Referendum gegen den Bundesbeschluß über *außerordentliche Instruktionsdienste der Ortswehr und der Territorialkompagnien* mit einer stattlichen Unterschriftenzahl zustande gekommen sei. Der Bundesrat hat hierauf selber von diesem Beschluß Abstand genommen und beschlossen, es sei für das laufende Jahr auf die Durchführung dieser Kurse zu verzichten. Die formelle Frage bleibt jedoch bestehen, was mit dem Bundesbeschluß zu geschehen habe. Der Bundesrat wagt von sich aus nicht, die Vorlage zurückzuziehen, sondern ist allenfalls bereit, sie am 6. Juli der Volksabstimmung zu unterbreiten. Das mag nach strengrechtlicher Auffassung richtig sein, aber es hieße nun doch, eine Verfassungsbestimmung in völligen Unsinn verkehren, wollte man aus rein formellen Gründen einen dem Referendum unterstellten, zeitlich begrenzten Bundesbeschluß, der unter keinen Umständen mehr durchgeführt wird, auch wenn die Mehrheit der Stimmbürger, was praktisch völlig ausgeschlossen wäre, zustimmen sollte, der Volksabstimmung unterbreiten. Die parlamentarische Kommission hat nun beschlossen, die Sache dem Parlament vorzulegen, und es ist anzunehmen, daß die eidgenössischen Räte in ihrer Junisession vernünftig genug sind, um den völlig überholten Bundesbeschluß abzuschreiben. P. S.

### *Außenpolitik*

Der demonstrative Boykott des Kongresses der jugoslawischen Kommunisten in Ljubljana durch die kommunistischen Parteien aller Länder bildete nur den Auftakt einer neuen *großangelegten Offensive des Weltkommunismus gegen Jugoslawien*. Seit dem Parteitag von Ljubljana wurde eine gut organisierte ideologische und politische Kampagne gegen die vielen Abweichungen und Häresien der Kommunisten Jugoslawiens geführt. Der Tag, da Chruschtschow auf dem Flugplatz in Belgrad erklärte: «Lieber Genosse Tito ... Alles ist vergessen ... Beria hatte uns betrogen, wir haben ihn umgebracht!» – ist schon längst in Vergessenheit gesunken.

Was haben die Jugoslawen getan, um diese neue Wut der Russen und ihrer Satelliten zu provozieren?

Nichts! Sie haben in ihrem Programmentwurf die Thesen wiederholt, die sie seit ihrem Konflikt mit dem Kominform im Jahre 1948 immer vertreten haben. Sie bleiben ihrem Grundgedanken der verschiedenen Wege, die zum Sozialismus führen, treu, sie anerkennen den Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter des Westens für den Sozialismus und versuchen, die internationale Entwicklung objektiv, und nicht wie die Russen nach vorgefaßten Schablonen, zu beurteilen. Das alles wußten die Russen, als sie sich mit Tito versöhnten. Chruschtschow und Mikojan hatten sogar am 20. Parteitag der KPdSU wichtige Thesen der Kommunisten Jugoslawiens übernommen.

Die Verleumdungskampagne gegen die Kommunisten Jugoslawiens ist nicht auf Grund neuer ideologischer Differenzen zurückzuführen. Sie beweist nur, daß die Russen keineswegs aufrichtig und ehrlich waren, als sie ihre Versöhnungsgesten machten. Ihr Ziel ging dahin, durch kleine ideologische Konzessionen die Jugoslawen weich zu machen, um sie wieder dem Ostblock einzugliedern. Die Ideologie spielte dabei keine große Rolle, die politischen und strategischen Ziele waren damals maßgebend.

Der Programmentwurf der jugoslawischen Kommunisten hat den Russen die Augen dafür geöffnet, daß ihnen ihr Manöver nicht gelungen war. Tito wollte unabhängig und außerhalb der beiden Kriegsblöcke bleiben. Darum war jetzt die Zeit gekommen, die Maske der Freundschaft fallen zu lassen. Die Kampagne nimmt die gleichen Formen an wie zur Zeit des Kominform. Es sind auch in fast allen Parteien die gleichen Leute – selbst im Sekretariat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit Suslow –, die schon unter der Herrschaft Stalins die Kominform-Kampagne geführt hatten. Es handelt sich aber nicht um eine Neubelebung des Stalinismus, der überhaupt nicht tot war, höchstens um eine Rehabilitierung Berias!

Die chinesischen Kommunisten gehen soweit, daß sie die Kominform-Resolution des Jahres 1948 gegen Jugoslawien als richtig anerkennen, und die «Prawda» übernimmt und wiederholt diese Behauptung. Einzig die polnischen Kommunisten nehmen eine andere Stellung ein und lehnen diese Verherrlichung der Kominform-Resolution ab.

Die Periode der Versöhnung mit Tito ist vorbei. Die Russen drohen sogar mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe an Jugoslawien, die sie natürlich generös und ohne Gegenleistung versprochen hatten. Woroschilow hat seinen Staatsbesuch in Belgrad abgesagt, und die Wirtschaftsverhandlungen sind verschoben worden.

Außer der Enttäuschung über die Hartnäckigkeit, mit der die Jugoslawen es ablehnen, in den Ostblock zurückzukehren, sind noch andere Gründe für diese Wendung vorhanden. Die Ideologie der jugoslawischen Kommunisten hat bei den kommunistischen Parteien der ganzen Welt und vor allem bei den Kommunisten des Ostblocks und Chinas, ja sogar innerhalb der Sowjetunion, einen sehr starken Widerhall gefunden. Die Intellektuellen, die Be-

triebsarbeiter, die Jugend haben große Sympathien für die Haltung und die Erfahrungen der jugoslawischen Kommunisten gezeigt. Ohne sie wären der polnische Oktober unter Führung von Gomulka und der Freiheitskampf der ungarischen Arbeiter und Intellektuellen, ja auch der Versuch einer Liberalisierung der chinesischen Kommunisten kaum möglich gewesen.

Wir haben gegen die Verurteilung von Djilas und Krekitch sowie gegen die Weigerung, eine Delegation der Sozialistischen Internationale in Jugoslawien zu empfangen, protestiert. Das hindert uns jedoch nicht, die gewaltige und entscheidende Rolle der jugoslawischen Kommunisten in der internationalen Arbeiterbewegung anzuerkennen. Die herrschende kommunistische Bürokratie hat begriffen, welche Gefahr die marxistische Denkweise der jugoslawischen Kommunisten für ihre Privilegien bedeutet. Sie führt in allen Parteien den Kampf gegen die Revisionisten, die Opportunisten, die Agenten der sozialdemokratischen Ideologie. Sie konnte nicht in allen Parteien diesen Kampf führen, ohne den Herd der Häresie, die Quelle des Revisionismus und des nationalen Kommunismus anzugreifen.

Dazu kommt, daß die unabhängige Haltung Jugoslawiens zwischen den beiden Militärblocken eine Zeitlang für die Russen günstig war, um die vom Kolonialjoch befreiten Völker vom Westblock fernzuhalten. Heute aber besteht die Möglichkeit für Rußland, im Nahen Osten (Syrien, Ägypten, Jemen) und in Südostasien (Indonesien, Laos) große Staaten als Verbündete des Ostblockes zu gewinnen. Die unabhängige Haltung Jugoslawiens hemmt diesen Prozeß der Angliederung neuer Satelliten an den Militärblock Rußlands. Darum muß Jugoslawien sowohl bei den kommunistischen Parteien wie bei den Kolonialvölkern diskreditiert und politisch isoliert werden. Die Russen haben den günstigen Moment gewählt, da die Kommunisten Jugoslawiens sich durch ihre eigenen Fehler von den sozialistischen Parteien des Westens isoliert hatten.

In *Frankreich* ist es nach einem Monat langwieriger Bemühungen gelungen, eine neue Regierung unter der Führung des Volksrepublikaners Pflimlin zu bilden. Es ist fraglich, ob er vom Parlament die Investitur erhalten hätte, wäre nicht gleichzeitig in Algerien eine Revolte der Generäle und Offiziere der französischen Armee, unterstützt durch Straßendemonstrationen der faschistischen Kreise der französischen Bevölkerung, ausgebrochen. In dieser ersten Stunde mußte Frankreich eine Regierung haben. Die Kommunisten enthielten sich bei der Investitur der Stimme und stimmten später dem Ausnahmezustand in Frankreich und den Vollmachten zur Fortsetzung des Krieges in Algerien zu. Die Sozialisten, die wenige Tage vorher feierlich erklärt hatten, sie würden sich inskünftig an keiner Regierung mehr beteiligen, haben ihren Standpunkt revidiert und zur Rettung der Republik ihre Beteiligung an der Regierung Pflimlin beschlossen. In dieser sehr ersten Stunde hat Jules Moch die Leitung des Innenministeriums übernommen.

General de Gaulle, der seit vier Jahren geschwiegen hat, ist aus seiner Zurückgezogenheit hervorgetreten und hat erklärt, er sei bereit, die Macht zu übernehmen.

Die Regierung Pflimlin hat gegenüber dem Aufruhr in Algerien von Anfang an eine große Schwäche an den Tag gelegt. Dem General Salan, Oberkommandierenden der französischen Truppen in Algerien, gab sie die zivilen und militärischen Vollmachten, um die Ordnung wiederherzustellen, was Salan sofort dazu benützte, die noch loyalen Präfekten abzusetzen und an ihrer Stelle aufständische Offiziere zu ernennen. Als de Gaulle bei seiner Pressekonferenz von Journalisten gefragt wurde, welche Haltung er gegenüber den abtrünnigen Generälen einnehme, konnte er höhnisch antworten, daß die Regierung selbst diese Generäle nicht als Abtrünnige erklärt und ihnen ihr Kommando nicht entzogen habe. De Gaulle hält sich zur Verfügung, um eine Versöhnung zwischen Paris und Algier zu erzielen und die Einheit der Nation wiederherzustellen. Er stellt sich indessen über die Parteien und gegen das Parteiensystem überhaupt. Der Gaullist Soustelle konnte, trotz starker polizeilicher Bewachung, Paris verlassen, die Schweizer Grenze passieren und mit einem Flugzeug der Balair aus der Schweiz zu den aufständischen Generälen nach Algier fliegen, wo er unter dem Jubel der faschistischen Menge landete. Der Generalstabschef der in Frankreich stehenden Armee, General Ely, hat als Protest gegen die Haltung der Regierung demissioniert.

Man wußte bereits, daß die französischen Kolonisten in Algerien seit längerer Zeit faschistische Tendenzen zeigten. General Massu und seine Fallschirmtruppen brachten schon seit Jahren gegen verdächtige Araber und Franzosen SS-Foltermethoden zur Anwendung; das alles unter der Führung des sozialistischen Ministerresidenten Lacoste, welcher der Vertrauensmann der Faschisten wurde, den sie auch nach ihrem Coup d'Etat in Algerien zurückverlangten.

Die Ereignisse sind ein eindeutiger Beweis dafür, daß die ganze Politik der französischen Regierungen gegenüber Algerien und besonders diejenige der Regierung Guy Mollet grundfalsch war. Im Februar 1956 hatte Guy Mollet vor einer stürmischen faschistischen Straßendemonstration in Algier kapituliert und General Catroux als Ministerresident noch vor seiner Amtsübernahme fallen gelassen, anstatt die Komplizität der Polizei- und Armeestellen mit den Manifestanten festzustellen und Sanktionen zu beschließen. Die Regierungen in Paris haben dann die Schandtaten der Armee und der Polizei, ja selbst die provokatorische Bombardierung von Sakiat Sidi Youssef gedeckt. So konnte die faschistische Gefahr sich weiter entwickeln und die Faschisten den Mut gewinnen, den Aufstand gegen die Vierte Republik zu wagen.

Was bei der Entwicklung dieser Krise des Regimes in Frankreich bedenklich ist, das ist die Passivität der Arbeiterklasse. Im Februar 1934 hatte

das Volk von Paris spontan auf der Straße die Volksfront gegen die Gefahr des Faschismus verwirklicht. Das parlamentarische System Frankreichs hat die Demokratie sogar bei den Volksmassen diskreditiert. Es genügt nicht, von demokratischem Sozialismus zu reden. Demokratische und sozialistische Taten müssen den schönen Sprüchen folgen! Eine Lehre nicht nur für Frankreich.

In *Großbritannien* haben die Kommunalwahlen in England und Wales einen neuen großen Sieg der Labour Party und eine entsprechende Niederlage der Regierungspartei gebracht.

In *Griechenland* haben die Parlamentswahlen einen Sieg der Regierungspartei Karamanlis zu verzeichnen. Die zweitstärkste Partei aber, mit einer gewaltigen Zunahme der Wähler und der Sitze, wurde die Kommunistische Partei, nach einer Wahlkampagne, die sich gegen die Absicht wandte, Atomrampen der NATO in Griechenland zu errichten. J. H.-D.

## Blick in die Zeitschriften

«*Stoppt den Wirtschaftsrückgang jetzt!*» fordert die «*Freie Gewerkschaftswelt*», das offizielle Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, im Leitartikel von Nr. 93. «Das Recht auf Arbeit ist das grundlegende Ziel der freien Gewerkschaften auf der ganzen Welt», heißt es dort; dann wird den Regierungen vorgeworfen, daß sie zögerten, prompte und wirksame Handlungen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit einzuleiten. Die von den Gewerkschaftsbewegungen der Vereinigten Staaten und Kanada vor Monaten gegebenen Warnungen seien in den Wind geschlagen worden. Die AFL-CIO habe das Eingreifen des Staates auf verschiedenen Gebieten verlangt und besonders die Notwendigkeit der Erhöhung der Kaufkraft betont. Auch in Großbritannien und den Niederlanden hätten die Gewerkschaften in dringenden Appellen sofortige Maßnahmen gefordert.

Der Artikel beschreibt dann eindrucklich die weitreichenden Folgen eines Wirtschaftsrückgangs:

«Zunächst bedeutet Arbeitslosigkeit Mühsal für die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien. Ihre verminderte Kaufkraft führt zu neuer Arbeitslosigkeit und verbreitet das Unglück innerhalb der ganzen Gemeinschaft. Es ist von der AFL-CIO behauptet worden, daß 25 Prozent der ungeheuer großen Produktionskapazität der USA ungenutzt seien. Solch ein Verzicht auf den bis zum äußersten gehenden Einsatz der industriellen Kapazität bedeutet nicht nur, daß der Lebensstandard innerhalb dieses Landes niedriger ist als nötig, sondern ebenfalls, daß die Nachfrage nach Rohstoffen und anderen vom Ausland gekauften Gütern auf drastische Weise gekürzt wird.

Diese Rückwirkungen lasten besonders schwer auf den industriell minder entwickelten Ländern, deren Volkswirtschaften zum größten Teil vom Rohstoffexport abhängig sind. Hieraus könne nicht nur Arbeitslosigkeit und eine Senkung des Lebensstandards der an und für sich schon elend genug lebenden Arbeiter entstehen; es können auch in den Ländern, wo Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung schon ernste Probleme dar-